



## Informationsbrief zur Kommunalwahl am 27. März 2011

Liebe Freundinnen und Freunde des Langen Feldes,  
um Ihnen Anhaltspunkte für Ihre Wahlentscheidung zu geben, haben wir den Oberbürgermeisterkandidaten und den Kandidaten für die Ortsbeiräte in Ober- und Niedertzwehren Fragen vorgelegt, die wir hier und in den Anhängen dokumentieren.

### Oberbürgermeisterkandidaten

Mit Schreiben vom 08.11.2010 hatten wir alle Oberbürgermeisterkandidaten um die Beantwortung der Fragen bis zum 01.12.2010 gebeten. Von folgenden Oberbürgermeisterkandidaten sind Antworten eingegangen:

Schreiben von OB Kandidat

- Bernd Häfner (Freie Wähler)
- Kai Boeddinghaus (für die Linke)
- Dr. Andreas Jürgens (Grüne)
- Olaf Petersen (Piratenpartei)

Mit Verspätung hat das Parteibüro der SPD ein Schreiben geschickt. Er enthielt als Anlage ein Blatt, überschrieben mit:

- Bertram Hilgen  
Antworten zur Anfrage der BI „Pro Langes Feld“  
ohne Datum, Anschrift und Unterschrift.

Wirkliche Antworten auf unsere Fragen haben wir nicht gefunden (siehe Anhang).

Keine Antwort erhielten wir von

- Ernst Wegener (CDU)

Die Fragen und alle Antworten sind im gesonderten Anhang beigelegt.

### Die Diskussion um den Faktencheck

In unserem Infobrief vom Januar 2011 und in der öffentlichen Veranstaltung des Offenen Kanals am 28. Januar haben wir nach dem Vorbild Bahnhof Stuttgart 21 den Faktencheck für das Bebauungsplanverfahren Langes Feld gefordert.

Zu einer Informationsveranstaltung über das Mediationsverfahren in Stuttgart hatte das „Bündnis für Bürgerbeteiligung in und um Kassel“ den Teilnehmer am Faktencheck/ Mediationsverfahren Klaus Riedel aus Waiblingen eingeladen. Unter dem Titel „Stuttgart ist überall“ referierte Klaus Riedel am 24.02.2011 über die Erfahrungen mit dem Faktencheck/ der Mediation in Stuttgart. Danach haben die Teilnehmer an der Veranstaltung einstimmig gefordert, für den Bebauungsplan Langes Feld nach dem Vorbild von Stuttgart, statt der Abwägung durch die Verwaltung, einen Faktencheck/ Mediation durchzuführen.

Bemerkenswert war, dass unter dem Eindruck von Stuttgart 21 alle anwesenden Parteivertreter, Helga Weber (Grüne), Axel Selbert (Linke), Hans-Dieter Stimpfig (AUF), Jörg-Peter Bayer (Piratenpartei) sowie der als interessierter Bürger und SPD-Funktionsträger an der Diskussion teilnehmende Rabani Alekuzei einstimmig den Aufruf zu einem freiwilligen Faktencheck für den Bebauungsplan Langes Feld unterstützen. Auch der aus Termingründen früher gegangene Bernd Häfner (Freie Wähler) signalisierte dem Veranstalter seine Zustimmung.

Die Abgeordneten von CDU, FDP, SPD waren der Veranstaltung ferngeblieben.

In der Folge haben einige Parteien in Presseerklärungen und öffentlichen Diskussionen ihre Position zum Faktencheck/ Mediation präzisiert. So haben in der HNA vom 14.02.2011 die Grünen, in der HNA vom 22.02.2011 die Linken und vom 26.02.2011 die Piratenpartei den Faktencheck befürwortet. Die uns von den Parteien Grüne und Linke überlassenen Presseerklärungen befinden sich im Anhang.

In öffentlichen Veranstaltungen zur Oberbürgermeisterwahl hat insbesondere Bertram Hilgen vehement einen Faktencheck abgelehnt. Er scheint Fakten zu scheuen, nachdem die Stadt durch Hochglanzprospekte falsche Informationen gestreut, einseitig Behauptungen aufgestellt und gekaufte, in Auftrag gegebene Gutachten parteilich eigenwillig interpretiert hat. Er hat keinen Zweifel daran gelassen, dass er gegen alle Widerstände die Bebauung des Langen Feldes durchsetzen will (HNA vom 05. und 06.03.2011).

### **Ortsbeiratskandidaten**

Mit Schreiben vom 22.02.2011 hatten wir alle 54 Kandidaten für die Ortsbeiräte in Ober- und Niederzwehren um Ihre Position zur Bebauung des Langen Feldes bis zum 05.03.2011 gebeten. Von den 54 Ortsbeiratskandidaten haben nur 16 geantwortet (siehe Anlage), 38 haben nicht geantwortet. Nicht wiedergegeben sind die mitgesandten persönlichen Einwendungen an die Stadt zum Bebauungsplan, die Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens sind.

Zu den in der Übersichtstabelle angekreuzten Fragen wurden zusätzlich Texte oder ausschließlich längere Texte eingereicht. In den Texten sehen sich einige Kandidatinnen und Kandidaten nicht in der Lage, schon jetzt ein eindeutiges Votum abzugeben, weil ihnen noch Informationen fehlen. Daran wird deutlich, dass durch einen Faktencheck objektive Daten vermittelt werden können. Andere fühlen sich schon informiert genug, ein eindeutiges Votum abzugeben. Auf unserer Internetplattform <http://langesfeld.bplaced.net> befinden sich zusätzliche Informationen.

Bis auf zwei haben die Ortsbeiratskandidaten der SPD ein kollektives Votum durch den jetzigen Ortsvorsteher und Spitzenkandidaten der SPD abgegeben. Wir hatten die Befragung initiiert, um eine gezielte Wahlentscheidung zu erleichtern und parteiübergreifend sowie parteiintern das Panaschieren und Kumulieren als ein demokratisches Recht zu ermöglichen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten erkennen können, welche Personen sich für die Erhaltung des Langen Feldes einsetzen. Bis auf zwei haben die SPD-Kandidaten in Niederzwehren die Möglichkeit vertan, dass Wählerinnen und Wähler ihr demokratisches Recht nutzen können, die Ziele der Kandidaten kennenzulernen, die für die Durchsetzung Ihrer Interessen wichtig sind.

Die jeweiligen Positionen der Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien sind in der Anlage dokumentiert, so dass Sie die Möglichkeit haben, die Kandidaten zu wählen, die am ehesten Ihre Positionen oder Forderungen vertreten, selbst wenn die Möglichkeit zu Kumulieren und Panaschieren aufgrund der oben aufgeführten Einschränkungen reduziert ist.

Mit freundlichen Grüßen

I.A. Albert Pinkvohs

Anlagen

## Antworten der Oberbürgermeisterkandidaten

### Wie weiter mit dem Langen Feld?

#### Fragen an die Oberbürgermeisterkandidaten

Mit Schreiben vom 08.11.2010 hatten wir alle Oberbürgermeisterkandidaten um die Beantwortung der folgenden Fragen bis zum 01.12.2010 gebeten.

1. Würden Sie eine interkommunale Entwicklung der Bauflächenpotentiale des ZRK und der angrenzenden Gemeinden zur Ausnutzung und Optimierung vorhandener Flächenpotentiale initiieren und vorantreiben? Haben Sie ein Konzept zur regionalen Entwicklung?
2. Wie würden Sie auf die zusätzlichen Verkehrsbelastungen auf der A 7, A 44, A 49 reagieren, die auch zusätzliche Lärm- und Luftbelastungen mit sich bringen?
3. Würden Sie ein Moratorium anordnen, d. h. das Bebauungsplanverfahren ruhen lassen, bis die erforderlichen Nachweise im Konsens mit den Ortsbeiräten und den Bürgern erbracht und deren Ergebnisse in den Bebauungsplan eingearbeitet wurden?
4. Würden Sie einen Bürgerentscheid zur Bebauung des Langen Feldes einleiten, wenn nach dem Moratorium und einer öffentlichen Diskussion die Ergebnisse der überarbeiteten Gutachten vorliegen?
5. Würden Sie aus Einsicht in die o. a. Fakten das Bebauungsplanverfahren sofort abbrechen und sich gegen eine Bebauung des Langes Feldes aussprechen?

Stellungnahme der OB-Kandidaten sortiert nach Eingangsdatum

#### **Bernd Häfner (Freie Wähler)**

13.11.2010

Gerne beantworte ich Ihre Fragen zum „Langen Feld“

Die Freien Wähler sind als unabhängige Wählergruppen im ganzen Land nicht an Parteivorgaben gebunden und entscheiden vor Ort die jeweiligen Fragen selbstständig.

Dabei sind selbstverständlich die Interessen der Gemeinde mit ihrer gesamten Bürgerschaft, als auch die Interessen direkt Betroffener zu berücksichtigen.

Um mir nach allem Hin und Her in der veröffentlichten Meinung auch ein Bild über die Gutachten und Gutachter zu machen, habe ich mir die öffentliche Diskussion über diese beiden gegenläufigen Meinungen in Zwehren angehört.

Gerade die Bebauungsrichtlinien unterliegen strengen Genehmigungsgrundsätzen.

Kassel, als Stadt die seit den 30er Jahren in ihrer Fläche keine Vergrößerung erfahren hat, ist in der Flächenausweisung für Gewerbe, aber auch im Wohnungsbau, in einer besonderen Situation.

Die Notwendigkeiten für weitere Gewerbeflächen stehen für mich nicht in Frage.

In Fall des „Langen Feldes“ teile ich im Wesentlichen die Argumente SPD, CDU und FDP-

Zu Ihren Fragen direkt:

1. Die sehr egoistische Gewerbepolitik in Deutschland ist der überkommenen Besteuerung als kommunale Gewerbesteuer zu verdanken.

Ich habe mich seit über 10 Jahren dafür ausgesprochen, diese Art der Besteuerung zu überdenken.

Leider ist der letzte Versuch gerade in diesem Monat in der Arbeitsgruppe beim Innenminister Schäuble gescheitert. Eine mögliche Umgehung des egoistischen Ansatzes der Gewerbesteuer sind interkommunale Gewerbegebiete. Diese sind richtig und auch in Kassel weiter zu fördern. Ich habe dies immer unterstützt.

2. Autobahnen sind und bleiben eine Belastung. Ich erwarte, dass die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung von Lärm etc. in der Geschwindigkeit vorangetrieben werden, wie es die ersichtliche Steigerung gebietet.

Wir haben uns seit unserer Gründung in Hessen vor über 50 Jahren immer für Bürgerbeteiligungen eingesetzt. Nicht zuletzt unser eigenes parteiunabhängiges Engagement ist Ausweis dieser Beteiligung. Außerdem müssen wir die Ortsbeiräte in ihren Befugnissen stärken. Leider ist diese Frage nicht in Kassel zu lösen. Trotzdem sollten die Ortsbeiräte, deren Nähe zum Bürger unbestritten ist, in ihren Vorschlägen und Anregungen ernster genommen werden. Bürgerinitiativen, die aus Einzelentscheidungen entstehen, meist sogar untereinander unterschiedliche Meinungen tragen sind einzubeziehen.

Aber auch die Bürger. Die sich nicht in Gruppen und Initiativen o. ä. äußern, haben ein Recht, ihre Meinung einzubringen und gewertet zu wissen.

4.+5. Der Magistrat der Stadt Kassel ist an augenblickliches Recht und Gesetz gebunden. Das Planungsverfahren sieht vor, unterschiedliche Interessen einzubringen. Eine Änderung des Vorgehens kann der Magistrat aus heutiger Sicht nicht veranlassen.

Auch Kommunalpolitik ist immer ein Abwägen. Danach habe ich mich für die Bebauung des „Langen Feldes“ ausgesprochen.

**Kai Boeddinghaus (Die Linke)**

26.11.2010

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 09.11.2010. Lassen Sie mich, bevor ich Ihre Fragen im Detail beantworte, einige Vorbemerkungen machen.

Die Fraktion Kasseler Linke, der ich angehöre und als deren Kandidat ich "an den Start" gehe, hat von Anfang an einer Bebauung des Langen Feldes eine Absage erteilt. Wir haben insbesondere darauf hingewiesen, dass ein massiver Einsatz öffentlicher Mittel für die Erschließung eines Gewerbegebietes auf "der grünen Wiese" den Wettbewerbsnachteil innerstädtischer Brachen noch vergrößert. Und wir haben auch hier klar gemacht, dass die Zeiten von Kirchturmdenken bei der Erschließung kommunaler Gewerbegebiete vorbei sein muss. Es kann nicht sein, sonntags interkommunale Gewerbegebiete zu fordern oder anzukündigen, und unter der Woche plant jede Kommune munter alleine.

Nach den bisherigen Abstimmungen in der Stadtverordnetenversammlung ist die Fraktion der Kasseler Linken tatsächlich die einzige, die konsequent gegen eine Erschließung des Langen Feldes gestimmt hat. Selbst die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen haben sich in einigen Fällen mittlerweile "nur" enthalten,

haben einmal sogar einem Planungsschritt (im Ausschuss) zugestimmt. Die Anträge der Kasseler Linken, Geld zum Ankauf von Flächen im Langen Feld aus den Haushaltsplänen 2010 und 2011 zu streichen (zuletzt am 24. 11. 2010), haben Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

#### **zu 1**

Der Oberbürgermeister ist kraft Amtes im Vorstand des Zweckverbandes Raum Kassel. Dort ist die Koordination eines Prozesses zur Ergänzung von Instrumenten zur Aktivierung von Brachen, untergenutzten Flächen und zur Verbesserung der Interkommunalen Zusammenarbeit gut verankert. Dafür würde ich mich dort einsetzen.

Ich will mich nicht als Regionalplaner aufspielen, der ich nicht bin. Es gibt aber vier Grundsätze, die für mich gelten:

- Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung;  
d.h. wir müssen uns um die innerstädtischen Brachen kümmern, bevor wir über Projekte wie das Lange Feld auch nur nachdenken
- die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete  
(und das schließt die Optimierung bereits erschlossener leer stehender Flächen mit ein) muss absoluten Vorrang vor einer Neuerschließung haben
- die Kommune als Ort zum Leben darf nicht den Nachrang haben vor der Kommune als Ort zum Arbeiten
- eine Entwicklung von Gewerbegebieten mit manipulierten Gutachten und Berechnungen ist undenkbar (dies bezieht sich ausdrücklich auch auf das Ausblenden anderer Belastungseffekte durch zukünftige Belastungen; z.B. Verkehr)

#### **zu 2**

Die Stadt muss ihren Einfluss wahrnehmen, um solche Belastungen zunächst offen und ehrlich zu berechnen und zu kommunizieren. Der nächste Schritt ist, die, wenn auch beschränkten, Einflussmöglichkeiten der Kommune zu nutzen und auf die Lösung der Luft- und Lärmbelastung zu dringen. Und der dritte Schritt muss sein, mit einer offensiven Bürgerbeteiligung nach Lösungen/Umgangsweisen zu suchen.

#### **zu 3**

Definitiv: ja. Schon alleine eine ehrliche Abarbeitung der seitens der Stadt bisher gemachten Versprechungen zur Auswertung bzw. Gegenüberstellung der Argumente und Gutachten verpflichten dazu.

#### **zu 4**

Ehrlich, ich weiß gar nicht, ob nach der hessischen Gemeindeordnung die Stadt und/oder der Magistrat ein solches Bürgerbegehren einleiten kann. Aber ich würde offensiv für die Stadt die Einleitung eines solchen Bürgerbegehrens unterstützen. Z. B. durch eine Beratung im Vorfeld, die sicherstellt, dass keine Formfehler einem solchen Begehren im Wege stehen. Gerade das Lange Feld ist eine ideale Möglichkeit, um ein Mehr an Demokratie tatsächlich zu praktizieren. Nicht Bürgerinnen und Bürger gegen die Stadt, sondern auf dem Weg zum Entscheid gemeinsam. Das ist im Übrigen auch meine Forderung an die Stadt: unabhängig von der eigenen Position zum Langen Feld, ein solches Begehren zu unterstützen. Soviel Mut dürfen die Menschen von ihrer Stadtregierung wohl erwarten, dass die eigenen Großprojekte auch mit dem Risiko zum Scheitern, in der Stadt zur Abstimmung gestellt werden.

#### **zu 5**

Aus meiner Sicht ist das Projekt der Erschließung des Langen Feldes schon unter den unter 1. genannten Gesichtspunkten sofort zu beenden. D. h. nichts anderes als: wenn ich eine Mehrheit zur sofortigen Beendigung organisieren kann, ist dies die

erste Option. Dann gilt es, die Einflussmöglichkeiten des Amtes als Oberbürgermeister zu nutzen. Ansonsten geht nichts ohne ein Bürgerbegehren nach Einhaltung der Versprechen zu Offenheit und Transparenz hinsichtlich der Fakten und Gutachten.

Ich hoffe, dass ich mit diesen Ausführungen Ihre Fragen beantworten konnte. Falls aus Ihrer Sicht allerdings etwas offen und/oder unklar geblieben ist, so stehe ich gerne zur Verfügung, um hier nachzubessern. Ich hoffe, dass es uns gemeinsam gelingt, diesen Unsinn der Erschließung des Langen Feldes zu verhindern. Ich würde es daher auch sehr begrüßen, wenn es Ihrer Initiative gelänge, im Vorfeld der Kommunalwahl, z. B. mit der Durchführung einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung, hier entsprechenden Druck aufzubauen.

### **Dr. Andreas Jürgens (Grüne) vom 30.11.2010**

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 09.11.2010 zum Langen Feld, das ich Ihnen gerne beantworte. Als Oberbürgermeisterkandidat bin ich mich gegen eine Bebauung des Langen Felds. Die Grünen haben gerade in ihrem Wahlprogramm für die Kommunalwahl beschlossen, „Flächen wie das Lange Feld, die Dönche und den Habichtswald als Grün- und Erholungsflächen beizubehalten“. Wir als Grüne haben das Thema aktiv in den letzten Jahren begleitet und immer wieder abgewogen zwischen notwendiger wirtschaftlicher Entwicklung und den ökologischen und gesundheitlichen Risiken sowie dem Verlust an Lebensqualität. Im Wesentlichen waren für uns drei Punkte

1. Initiativen zur Vorbereitung regionaler Lösungen gemeinsamer Flächenbevorratung und Flächenvermarktung und Brachflächenaufbereitung.
2. Die Bewertung der klimatischen und verkehrlichen Auswirkungen.
3. Die öffentliche Vorstellung, Diskussion und Bewertung der Gutachten.

Wir haben gerade in Kassel eine überaus positive Entwicklung der Wirtschaft. Gewerbesteureinnahmen sind auf Rekordniveau und die Arbeitslosigkeit konnte in den letzten 5 Jahren annähernd halbiert werden. Und das alles ohne den Flughafenneubau und ohne das Lange Feld. Die Wirtschaftskraft einer Region ist nicht von der Menge Beton abhängig, die in ihre Landschaft gekippt wird, sondern von der Innovationsbereitschaft und Kreativität ihrer Menschen.

Aus meiner Sicht wird mit der Offenlegung des Bebauungsplans ohne Grund und voreilig der konstruktiv begonnene Dialog zwischen Stadt und Bürgerinitiative beendet.

Ihre Fragen beantworte ich daher wie folgt:

1. Wie schon in den letzten Jahren trete ich für eine gemeinsame Bewertung, Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen in der Region ein. Durch einen Gewerbeflächenpool können unnötige Eingriffe in die Natur und teure Standortkonkurrenzen vermieden werden. Eine gemeinsame Entwicklung am Sandershäuser Berg deckt für die nächsten Jahre den notwendigen Bedarf an Flächen. Parallel dazu ist über einen Brachflächenfonds nachzudenken, um den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten.
2. Die zukünftigen Prognosen im Hinblick auf die A7, A44 und A49 basieren auf Grundlage bundesweiter Entwicklungen. Hierauf hat die Stadt Kassel nur bedingt Einfluss. Als Oberbürgermeister werde ich mich für die Interessen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger gegenüber Bundes- und Landesbehörden einsetzen. Auch ohne die Bebauung des Langen Feldes müssen entsprechende Lärmschutzmaßnahmen erfolgen.
3. Wir haben uns schon in den letzten Jahren für ein Moratorium zum Langen Feld ausgesprochen. Leider hat sich unser Kooperationspartner im Rathaus nicht da-

rauf eingelassen. Aus meiner Sicht wäre dies sinnvoll, um die Interessen der BürgerInnen vor Ort und in der Stadt in Einklang zu bringen.

4. Auch als Oberbürgermeister hätte ich nicht das Recht, einen Bürgerentscheid einzuleiten. Die hessische Gemeindeordnung sieht dies nicht vor. Ein Bürgerbegehren ist nur möglich auf Initiative aus der Bürgerschaft, allerdings mit relativ hohen Hürden versehen. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat wiederholt Initiativen ergriffen, um diese Hürden zu senken. Bisher leider erfolglos.
5. Ich würde das Bebauungsplanverfahren zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter vorantreiben, die oben beschriebenen alternativen Lösungen voranbringen und den Dialog mit der Bürgerinitiative suchen.

### **Olaf Petersen (Piratenpartei)**

24.01.2011

Vielen Dank für Ihre Anfrage. Nachdem ich in der letzten Woche die erforderlichen Unterstützungsunterschriften abgeben konnte, rechne mit meiner Zulassung für die Oberbürgermeisterwahl am kommenden Freitag. Bitte haben Sie Verständnis, dass ich vorher nicht zu einer Antwort auf Ihre Anfrage gekommen bin. Gerne beantworte ich ihre Fragen zur Entwicklung des Langen Feldes. Zu ihren Fragen:

#### **Zu 1 - Interkommunale Zusammenarbeit**

Die Stadt und der Landkreis Kassel sollten aus meiner Sicht sehr viel stärker bei der Ausweisung von Gewerbeflächen zusammenarbeiten. Dabei kann auch eine Kooperation mit den Gemeinden im nördlichen Schwalm-Eder-Kreis sinnvoll sein. Die Grenzen der Verwaltung dürfen nicht die Grenzen des Machbaren sein. Insofern unterstütze ich die Ansätze für interkommunale Gewerbegebiete, insbesondere auch das Gebiet am Sandershäuser Berg inklusive des Autobahn-Anschlusses.

In der weiteren regionalen Entwicklung muss die Stadt sich stärker der Bedeutung eines wirtschaftlich gesunden Landkreises bewusst werden. Der Überalterung der Dörfer und Städte muss entgegengewirkt werden, nicht nur durch Berufs-Pendeln mit der Regiotram, sondern auch durch Gewerbe und Arbeitsplätze vor Ort.

#### **Zu 2 - Verkehrsbelastungen auf den Autobahnen**

Die erhöhten Belastungen für die Anwohner muss mit den verfügbaren technischen Mitteln entgegengewirkt werden. Effektive Schallschutzwände sind sicher erforderlich, außerdem sollte eine umfassende Bepflanzung mit schall- und emissionsschluckenden Bäumen und Büschen erwogen werden. Einem Tempolimit von unter 100 km/h stehe ich kritisch gegenüber.

#### **Zu 3 - Moratorium**

Ja. Angesichts der bisherigen vorliegenden Studien und Erkenntnisse zu den Auswirkungen auf die Frischluftversorgung der Stadt sollte unbedingt ein weiteres qualifiziertes Gutachten zu den Auswirkungen auf das Stadtklima eingeholt werden.

Ob letztendlich ein umfassender Konsens mit Ortsbeiräten und allen Bürgern gefunden werden kann, möchte ich aber offen lassen.

#### **Zu 4 - Bürgerentscheid**

Ja. Meine Position und die der Piratenpartei ist, dass ein Bürgerentscheid über die Nutzung als Gewerbegebiet durchgeführt werden sollte. Das gilt

auch, wenn ein neues Gutachten zu dem Ergebnis kommt, dass das Vorhaben klimatisch unbedenklich sei.

### **Zu 5 - Bebauungsplanverfahren sofort abbrechen**

Ja. Ich bin überzeugt davon, dass die Versiegelung der Flächen auf dem Langes Feld für Gewerbegebiete nicht im langfristigen Interesse der Stadt und der Bürger Kassels ist.

#### **Bertram Hilgen**

Mit Schreiben vom 3. Februar 2011 hat das Parteibüro der SPD ein Schreiben an eine falsche Adresse geschickt. Der Brief wurde an uns weitergeleitet. Er enthielt als Anlage ein Blatt, überschrieben mit Bertram Hilgen:

Antworten zur Anfrage der BI „Pro Langes Feld“  
ohne Datum, Anschrift und Unterschrift.

Auch wenn das Schreiben verspätet eingegangen ist und keine Antwort auf unsere Fragen enthält, wird das Schreiben hier dokumentiert, damit Sie sich ein Bild machen können.

Anlage zum Brief vom SPD-Büro vom 03.02.2011

Bertram Hilgen

Antworten zur Anfrage der BI „Pro Langes Feld“

Auf Ihre Fragen zum Stand der Entwicklung des Langes Feldes zu einem möglichen Gewerbegebiet möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich voll und ganz hinter dem von der Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit eingeleiteten Bebauungsplanverfahren stehe. Nach dem endgültigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist selbstverständlich nach den Regeln der hessischen Gemeindeordnung ein Bürgerbegehren und ein Bürgerentscheid möglich.

Gegenwärtig findet im Rathaus die Offenlegung des Bebauungsplans statt. Dabei werden nochmals die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit erhalten, zum Planentwurf Stellung zu beziehen. Bereits im Jahr 2009 hat eine vorgezogene Bürgerbeteiligung stattgefunden, in deren Verlauf die umfassenden Argumente pro und contra ausführlich erörtert wurden. Dies können Sie auch ausführlich im Internet der Stadt Kassel nachlesen. Dort sind unter dem Stichwort Langes Feld auch die Gutachten dokumentiert.

Letztendlich halte ich die Erschließung dieses letzten größeren neuen Gewerbegebietes innerhalb der Stadtgrenzen Kassels für geboten. Wenn wir die positive Wirtschaftsentwicklung fortsetzen wollen, um die Arbeitslosenzahlen weiter zu senken, müssen wir in der Region vorhandene Gewerbeflächen reaktivieren und neue ausweisen. Nur so lassen sich die guten Arbeitsmarktdaten der Region Kassel – erstmals in 2010 günstiger als die Region Wiesbaden – und die hohen Gewerbesteuererinnahmen der Stadt von 160 Mio. Euro halten. Dies dient letztlich dem Schuldenabbau und der Erweiterung kommunaler Handlungsmöglichkeiten, z. B. durch einen verstärkten Ausbau von Einrichtungen zur Kinderbetreuung.

Ich wirke weiterhin darauf hin, dass die Stadt Kassel und die Kommunen des Landkreises bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit ist in 6 Jahren nachhaltig verbessert worden, wie sie an den Erweiterungen von SMA in Niestetal und Kassel ablesen können.

## **Die uns vorliegenden Presseerklärungen zum Faktencheck und zur HNA-Umfrage:**

### **Kasseler Linke unterstützt einen Faktencheck beim Langen Feld**

16. Februar 2011

„Ich unterstütze die Forderung, beim Langen Feld einen Faktencheck auszuprobieren“ so Kai Boeddinghaus, OB-Kandidat der Kasseler Linken. „Die Verwaltung hat den politischen Auftrag, im Langen Feld ein Gewerbegebiet zu realisieren. Die zahlreichen und guten Argumente der Projektgegner haben da schlechte Chancen, wenn sie nur von einer Verwaltung abgewogen werden, die auf das Ergebnis schon festgelegt ist.“

Zunächst sind der Bedarf an Gewerbeflächen und die Alternativen zum Langen Feld unabhängig zu prüfen, wie es eine Petition von Horst Peter und anderen fordert. Bis heute passiert dies nur oberflächlich und immer unter der Vorgabe, dass es zum Gewerbegebiet im Langen Feld gar keine Alternative gäbe. Um die Gleichheit bei solchen Verfahren wieder herzustellen, muss der ungehinderte, zeitnahe Zugang zu allen Informationen sichergestellt werden. Das hatte der Stadtbaurat- und Umweltdezernent Dr. Joachim Lohse in der Diskussion um die Verkehrsgutachten der BI Pro Langes Feld auch zugesagt, später war dann alles aber gar nicht so gemeint.

Die Verwaltung zahlt ihre Gutachter selbstverständlich aus der Stadtkasse und damit von dem Geld der Bürger, die engagierten Einwender müssen ihre Gutachter selber bezahlen. Sie zahlen deshalb genau genommen sogar zweimal. Zudem wird ihr Einsatz für Bürgerinteressen, bessere Lebensbedingungen und die Umwelt von Vertretern der Stadtverwaltung noch öffentlich abqualifiziert.

Die Bürger müssen ernstgenommen werden. Die Bürgerbeteiligung muss über die langwierigen, rechtlich verankerten Verfahrensschritte hinausgehen. Demokratie kostet Geld, wer die Rechte der Bürger stärken will, muss dies auch finanzieren.

Das erhöht die Chance auf eine gute Lösung im Sinn der Bevölkerung und der Umwelt.

Es freut mich, wenn die GRÜNEN jetzt einen Faktencheck befürworten,“ so Kai Boeddinghaus Stadtverordneter der Kasseler Linke, „Leider haben sie bis vor kurzem beim Langen Feld erstaunlich still gehalten und Hilgen und Barthel Fakten schaffen lassen. Unser Antrag, für 2011 im Haushalt 3 Millionen für Grundstücksankäufe im Langen Feld zu streichen, wurde von ihnen abgelehnt.“

### **Faktencheck im Langen Feld starten!**

18.03.2011

„Die Kasseler Linke fordert den Bau- und Umweltdezernenten Dr. Joachim Lohse auf, den Faktencheck im Langen Feld einzuleiten“, so Kai Boeddinghaus, OB-Kandidat der KASSELER LINKE. „Die bisherigen öffentlichen Informationsveranstaltungen mit den von der Stadt beauftragten Planern haben ergeben:

- Für mehrere entscheidungserhebliche Fragen hatten diese Planer gar keinen Prüfauftrag und deshalb gar keine verwertbaren Daten.“
- Es gibt keine prüfbare Erhebung, ob angesichts der Planungen anderer und insbesondere interkommunaler Gewerbegebiete im nahen Umfeld (Sandershäuser Berg) und vorhandener Industriebrachen im nächsten Jahrzehnt überhaupt ein Bedarf an neuen Gewerbeflächen dieser Größe besteht.
- Es wird hohe von der Stadt zu tragende Kosten für die Erschließung geben. Es gibt keine prüfbare Kosten-Nutzen-Rechnung, ob und wann diese Kosten jemals wieder aus zusätzlichen Gewerbesteuerereinnahmen hereingewirtschaftet werden können.
- Es liegt kein Konzept vor, wie anders als mit privatem Pkw Mitarbeiter und Kunden das neue Gewerbegebiet vernünftig erreichen können.
- Die absehbare Verkehrsverdoppelung auf der A 49, die jetzt weitergebaut wird und vor Alsfeld an die A 5 nach Frankfurt angeschlossen werden soll, ist bisher in keine Luft- und Lärmschutzplanung eingeflossen.
- Die zukünftig niedrigeren EU-Grenzwerte für Schadstoffbelastungen, Feinstaub etc. sind in die bisherige Planung nur unvollständig eingerechnet.
- Es gibt keine Stadtentwicklungsplanung, die die „weichen“ Wohnwertvorteile des grünen Stadtrandes gewichtet gegenüber neuen Gewerbe- und Industrievierteln.

Deshalb ist derzeit noch gar keine verantwortungsbewusste Entscheidung möglich. Es liegt in der Hand des Stadtbaurates Dr. Lohse, mit den BürgerInnen und Einwendern ein Verfahren für eine ernstzunehmende und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung abzusprechen. Dabei müssen zu allererst alle Informationen auf den Tisch gepackt werden. Und dann ist von unabhängigen Gutachtern eine Aufbereitung und Bewertung der Daten zu erstellen. Erst auf einer solchen Basis können Verhandlungen und dann auch politische Entscheidungen verantwortet werden.

Wenn die öffentlichen Bekenntnisse der Grünen zum Faktencheck und der Bürgerbeteiligung Auswirkungen haben sollen, darf es nicht bei dem Mindeststandard des regulären baurechtlichen Planungsverfahrens bleiben. Sonst ist absehbar, dass der von den Grünen ins Amt geholte Stadtbaurat nach der Kommunalwahl der Stadtverordnetenversammlung seinen Bebauungsplan vorlegen wird, in dem es zur aktuellen Version keine wesentlichen Änderungen geben wird. Die Stadtverordnetenversammlung wird dann mit Stimmen der SPD, FDP, CDU Fakten setzen und Baurecht schaffen, ohne ernsthafte Bürgerbeteiligung und Faktencheck.

**In der Presseerklärung der Grünen wird auf den Artikel in der HNA vom 5/6. März eingegangen und indirekt die Schlichtung empfohlen**

07.03.2011

**GRÜNE:**

Klare Mehrheit gegen Gewerbegebiet Langes Feld

Die in der HNA vom Samstag mitgeteilten Umfrageergebnisse ergeben nach Bewertung der Kasseler Grünen eine klare Mehrheit in der Bevölkerung gegen ein Gewerbegebiet Langes Feld. „Wenn von den Befragten 31% für, aber 34% gegen das Gewerbegebiet sind, die übrigen keine Meinung haben, ergäbe dies im Falle einer Abstimmung eine klare relative Mehrheit von 53% zu 47% für

die Bebauungsgegner.

Denn bei einer Ja/Nein-Entscheidung zählen nur diejenigen, die tatsächlich mit Ja oder Nein stimmen. Enthaltungen werden nach gutem demokratischen Brauch nicht mitgezählt. In einem Bürgerentscheid mit dem Ergebnis der Umfrage wäre daher das Gewerbegebiet deutlich abgelehnt“, erklärt für die Kasseler Grünen deren Vorsitzender Andreas Jürgens. Umso unverständlicher sei es, dass der bisherige Oberbürgermeister zum Vorschlag der BI Pro Langes Feld, eine Mediation bzw. Schlichtung durch eine neutrale Person durchzuführen, nicht reagiert habe. „Die Basta-Politik gegen die Mehrheit der Kasseler Bevölkerung muss ein Ende haben“ so Jürgens.

Außerdem habe das Hessische Wirtschaftsministerium in dem Petitionsverfahren mitgeteilt, dass das Lange Feld einerseits und das Gewerbegebiet Sandershäuser Berg andererseits nach dem Regionalplan nur in interkommunaler Kooperation entwickelt werden könnten. Lediglich für einen Teil von 25 Hektar sei diese Bedingung beim Sandershäuser Berg gelockert worden. „Gegen diese Bedingung wird verstoßen, wenn die Stadt Kassel allein ohne interkommunale Kooperation ein Gewerbegebiet im Langen Feld entwickelt. Auch dies bietet allen Anlass, die Pläne noch einmal gut zu überdenken“ fordert Jürgens.

**Antworten der Ortsbeiratskandidaten**

Alle Ortbeiratskandidaten aus Ober- und Niederzwehren haben einen Fragebogen

**Wie weiter mit dem Langen Feld? - Meine Antworten auf Ihre Fragen**

zur Beantwortung erhalten:

In der Folge sind die uns zugeschickten Antworten dokumentiert. Hatten wir gedacht, in einer Übersichtstabelle die Voten zu dokumentieren, mussten wir erkennen, dass nicht nur die Fragen angekreuzt, sondern zusätzlich oder ausschließlich längere Texte eingebracht wurden.

Nicht wiedergegeben haben wir den Fragebögen beigefügte persönliche Einwendungen gegen den Bebauungsplan, weil sie Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens sind.

**Niederzwehren:**

**Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU):**

**Andreas Zaun**

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            |    | X    |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? |    |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  | X  |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  |    | X    |

Ergänzende Stellungnahme:

Wir verlangen eine überzeugende und seriöse Planungsarbeit bei der Beurteilung des Landschaftsschutzes, der Gutachten, Widersprüche und Petitionen.

Für zusätzliche Arbeitsplätze geben wir einem interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet den Vorzug.

**Gerhard Rinder**

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            |    |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? |    |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  |    |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  |    |      |

Ergänzende Stellungnahme:

Sie haben mich als Kandidaten für die Ortsbeiratswahl angeschrieben und nach meiner Position zu Bebauung des Langen Feldes gefragt.

Als gewähltes Ortsbeiratsmitglied habe ich die Aufgabe alle Interessen der Bürger Niederzwehrens abzuwägen, um daraus ein abstimmungsfähiges Meinungsbild zu formen, das dann dem Wohle Niederzwehrens dient.

Das erfordert, dass ich mit großer Aufmerksamkeit das Planungsverfahren der Stadt Kassel verfolge und nach meinen Möglichkeiten die Verhältnismäßigkeit zwischen Nutzen und Lasten prüfe. Hierfür ist es notwendig dass die Planer entsprechende Gutachten vorlegen. Hier

sind besonders kritische Maßstäbe anzulegen, weil das Durchsetzen eines städtischen Planungszieles oft mit dem berühmten "corriger la fortune" behaftet ist.

Die Stadtverordneten waren der Meinung, dass bereits jetzt ein Planungsstand erreicht ist, der eine Offenlegung für die Bürger zulässt. Der Ortsbeirat hat sein Votum noch nicht abgegeben.

Gegen den offengelegten Bebauungsplan habe ich als Bürger Gerhard Rinder beigefügten Widerspruch eingelegt.

Es ist daher selbstverständlich, dass ich noch keine endgültige Meinung formulieren kann.

Bei der von Ihnen geplanten Veröffentlichung meiner Stellungnahme gehe ich davon aus, dass diese ungekürzt erfolgt.

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD):**

**Harald Böttger**

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            |    |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? |    |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  |    |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  |    |      |

Ergänzende Stellungnahme:

Ihre an die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für den Ortsbeirat gerichteten Fragen haben wir mit großem Interesse zur Kenntnis genommen.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten vertreten im Ortsbeirat die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Stadtteils. Seit 2003 begleiten wir den Entscheidungsprozess zum „Langen Feld“ sehr kritisch. Dies werden wir auch weiterhin tun.

Sobald der Informationsprozess bzw. der Verfahrensablauf zum Abschluss kommt, werden die Ortsbeiratsmitglieder der SPD ein Votum zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Niederzwehren abgeben.

Evtl. haben einige SPD-Kandidaten(innen) auch schon selbst geantwortet.

**Elisabeth Kraft**

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            |    | X    |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? | X  |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  |    |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  |    | X    |

Ergänzende Stellungnahme:

Zu 1. Ich vertraue unserer Parteien-Demokratie eher, schließlich bin ich selbst in einer, der SPD. Und so weit ich sehe, geht es dort demokratisch zu.

Zu 2. Ob mit oder ohne Schlichtung, wenn die negativen Seiten überwiegen, lehne ich ab, sonst stimme ich zu!

Zu 3. Da ich bislang noch nicht im OBR war, liegen mir noch keine Detail-Informationen vor. Ich werde sie mir aber besorgen, wenn ich gewählt werde, auch über Info-Veranstaltungen hinaus. (Bebauungsplan + Einwände...)

**Karl-Heinz Schreiter**

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            |    |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? |    |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  |    |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  |    |      |

Ergänzende Stellungnahme:

Zu 1. und 2. Nach der Offenlage des Bebauungsplans ist m. E. lediglich ein Faktencheck unter Einbeziehung der eingegangenen Einwendungen und der Fragen der Ortsbeiräte Niederzwehren und Oberzwehren noch denkbar.

Zu 3. und 4. Erst nach einem möglichen Faktencheck und der Vorlage eines gegebenenfalls modifizierten Bebauungsplans ist mir, sofern ich in den Ortsbeirat Niederzwehren gewählt werde, ein Votum für oder gegen die Bebauung des Langen Feldes möglich.

Ihre Fragen habe ich sehr gerne beantwortet. Allerdings distanziere ich mich ausdrücklich von Ihrer Behauptung in Ihrem Anschreiben, die Stadt habe – inhaltlich von ihr bestimmte – Gutachten gekauft. Ihre Behauptung ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.

**Freie Demokratische Partei Deutschlands (FDP)**

**Stella Kietzmann**

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            |    |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? |    |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  |    |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  |    |      |

Ergänzende Stellungnahme:

Die an mich gerichteten Fragen lassen sich nicht mit einem einfachen ja oder nein beantworten. Ich möchte Ihnen daher mein „ja“ oder „nein“ kurz erläutern, damit die interessierten Bürgerinnen und Bürger meinen Standpunkt jeweils nachvollziehen können.

Zu 1: Nein. Ich bin der festen Überzeugung, dass die von den Kasseler Bürgern gewählten Vertreter der einzelnen Parteien durchaus in der Lage sind, die Fakten auszuwerten und diese eine Entscheidung nach besten Wissen und Gewissen treffen werden. Bei sehr komplexen Themen können Experten zur Entscheidungsfindung herangezogen werden.

Zu 2.: Sollte sich während des Faktenchecks ergeben, dass sich die Bebauung negativ auswirkt, würde ich diese ablehnen, zumal ich – entgegen der Meinung meiner Partei – einer Bebauung eher kritisch gegenüber stehe.

Zu 3.: Diese Frage kann ich so nicht beantworten, da ich keine Politikerin bin! Ich weiß aber, dass den Stadtverordneten und Mitgliedern des Ortsbeirates umfangreiches Material zur Verfügung gestellt wurde, welches ich aber nicht bis ins letzte Detail kenne. Aus meiner Sicht sind jedoch Politiker in der Regel umfangreich informiert.

Zu 4.: Nein. Wie ich bereits erwähnte, bin ich sehr kritisch, was die Bebauung betrifft, weil die finanziellen Vorteile eines Gewerbegebietes sehr genau gegen die zu erwartenden negativen Auswirkungen abgewägt werden müssen. Tendenziell bin ich zurzeit eher gegen eine Bebauung, ich

würde aber die Möglichkeit einer Bebauung auch nicht im Vorfeld grundsätzlich ausschließen wollen.

**Nikolaus Schuchhardt und Petra Schuchhardt**

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            |    |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? |    |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  |    |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  |    |      |

Ergänzende Stellungnahme:

**Langes Feld:**

Unsere Stellungnahme zur Erschließung des Langen Feldes zum neuen Gewerbegebiet.

In ihrem Programm zur Kommunalwahl spricht sich die Kasseler FDP für die Erschließung des Langen Feldes als Gewerbegebiet aus.

Petra und Nikolaus Schuchhardt als Kandidaten der FDP für den Ortsbeirat Niederzwehren sehen für den unmittelbar betroffenen Stadtteil nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile auf die Bürger, die hier wohnen, zukommen. Es ist unstrittig, dass die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Stadt mit deutlich mehr Arbeitsplätzen, höheren Steuereinnahmen (notwendig für die Bezahlung der sozialen Leistungen) nur fortgesetzt werden kann, wenn es gelingt, neue Gewerbeflächen zu erschließen, um im Wettbewerb der Regionen und Kommunen neue Unternehmen in unserer Stadt ansiedeln zu können. Wir wollen nicht, dass Arbeitsplätze und Steuereinnahmen im Umland entstehen, weil wir keine städtischen Ansiedlungsflächen mehr haben. Auf der anderen Seite hat die Stadt konsequent und nachprüfbar die strengen Planungs-, Bebauungs- und Umwelt -Vorschriften anzuwenden, um negative Auswirkungen auf Luft und Lärm zu vermeiden. Mit dieser Stellungnahme verbinden wir die Beantwortung Ihrer 4 Fragen:

Zu 1.: Eine Schlichtung halten wir nicht für erforderlich, weil die Kommunalwahlen jedem Bürger die Möglichkeit bieten, die Partei seines Vertrauens zu wählen; eine anschließende Mehrheitsentscheidung ist zu respektieren. Die behaupteten Brachen und Ersatzflächen sind bis heute nicht nachgewiesen.

Zu 2.: Die Bebauung werden wir nicht ablehnen. Wir haben Vertrauen in die pflicht- und verantwortungsbewusst Handelnden. Sie sind zu gesetzmäßigem Handeln verpflichtet, was juristisch überprüft werden kann.

Zu 3.: Durch die Vorlagen im Rathaus, im Ortsbeirat und durch die Presse sind wir informiert; ebenso durch Ihre veröffentlichten kritischen Informationen und Bedenken, die wir bei unserer Entscheidung mitberücksichtigt haben.

Zu 4.: Nein.

**Bündnis 90/Die Grünen (Grüne):**

**Theo Butz**

|   | Ja           | Nein |
|---|--------------|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            | X            |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? | Siehe 4.     |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  | einigermaßen |      |

|  |   |  |
|--|---|--|
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen? | X |  |
|--|---|--|

Ergänzende Stellungnahme:

Schlichtung – Mediation – Faktencheck wie das Verfahren auch immer genannt wird, Projekte dieser Tragweite müssen heute auf eine breitere demokratische Basis gestellt werden.

Internet und einer aufgeklärte verantwortungsbewusste Bürgerschaft erfordern ein Umdenken bei den traditionellen Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene.

Wir sollten als Fortschrittliche Gesellschaft in der Lage sein, die Verhaltensweisen des „bürokratischen Absolutismus“ zu überwinden.

**Dr. Jörg Pfeiffer**

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            |    |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? |    |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  |    |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  |    |      |

Ergänzende Stellungnahme:

Gerne beantworte ich die mir von Ihnen zugesendeten Fragen zum Gewerbegebiet „Langes Feld“.

Zunächst: Folgende wesentliche Argumente sprechen aus meiner Sicht gegen eine Erschließung des „Langen Feldes“:

1. Laut der Machbarkeitsstudie von 2004 liegen die Erschließungskosten für das geplante Gewerbegebiet „Langes Feld“ bei mindestens 45,6 Mio. €. Dabei stellt sich die Frage, ob der sich daraus ergebende Quadratmeterpreis von mindestens 60 €/qm vor dem Hintergrund bestehender Alternativen in und um Kassel realisieren lässt. Ich bezweifle dies.

2. Die Schätzung des Verkehrsaufkommens ist zweifelhaft bis strittig. Das Verkehrsaufkommen ist in der Verkehrsuntersuchung ‚Gewerbegebiet „Langes Feld“ Kassel‘ für die A 49 und für das Gewerbegebiet zu gering eingeschätzt. Beides wird zu höheren Verkehrsbelastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner Nieder- und Oberzwehrens führen (umliegende Autobahnen und Frankfurter Straße), was die Lebensqualität durch zusätzliche Lärm- und Schadstoffbelastungen in Nieder- und Oberzwehren sicher verschlechtert. Verkehrsbelastungen sind heute schon ein zentrales Problem in Niederzwehren.

3. Das „Lange Feld“ ist für Kassel eine wichtige Frischluftschneise. Es dient als Erholungs- und Freizeitfläche und stellt in dieser Funktion insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger Nieder- und Oberzwehrens ein wichtiges Stück Lebensqualität dar. Eine Bebauung des „Langen Feldes“ mindert diese Lebensqualität deutlich.

Bislang scheinen diese Argumente in dem Entscheidungsprozess zur Erschließung des „Langen Feldes“ keine relevante Rolle zu spielen. Einem Schlichtungsverfahren würde ich zustimmen, wenn sicher gestellt wäre, dass eine faire Abwägung von Argumenten erfolgt und das daraufhin vorgeschlagene Schlichtungsergebnis wirklich die parteiliche Abwägung ersetzt.

Ich gehe davon aus, dass eine faire Abwägung der Argumente zu einer Korrektur und Konkretisierung der Planungsdaten führen würde, was wiederum vernünftigerweise zumindest zu einem Moratorium für die Erschließung des „Langen Feldes“ führen müsste, wenn nicht gar zum Abbruch des Erschließungsvorhabens. Selbst das von den Befürworterinnen und Befürwortern angeführte Argument, durch das Gewerbegebiet die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Kassel steigern zu wollen hinkt; ließe sich dies doch sicher auch ohne die Erschließung des „Langen Feldes“ realisieren – was die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in un-

serer Region deutlich zeigt. Bereits vorhandene, z. T. brach liegende Gewerbeflächen sinnvoll zu nutzen, dass wäre m. E. der richtige Weg.

Als interessierter Bürger und Kandidat der Grünen für den Ortsbeirat Niederzwehren fühle ich mich seitens der Stadt Kassel nicht ausreichend informiert. Die an die Bürgerinnen und Bürger verteilten Informationen der Stadt Kassel waren meines Erachtens tendenziös und wirkten somit eher manipulierend als informativ. Eine transparente Betrachtung der Wirtschaftlichkeit sowie eine Offenlegung möglicher Risiken fehlen völlig.

Ich kann zurzeit kein stichhaltiges Argument für die Erschließung des „Langen Feldes“ erkennen. Darum lehne ich eine Bebauung des „Langen Feldes“ ab. Die dazu erforderlichen Investitionen wären in den Bereichen Bildung, Kultur und z. B. Lärmschutz besser angelegt.

### Oberzwehren

Keine Antworten sind eingegangen Von den Kandidaten der

**Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU**  
**Sozialdemokratische Partei Deutschlands SDP**  
**Freie Demokratische Partei Deutschlands FDP**

### Bürgerinitiative für Oberzwehren BFO

#### Friedhelm Weißbäcker

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            | X  |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? | X  |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  |    | X    |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  | X  |      |

Ergänzende Stellungnahme:

Das sogenannte „Gewerbegebiet Langes Feld“ ist absolut nicht „alternativlos“. Man kann/muss völlig darauf verzichten,  
 es gibt genügend andre Flächen  
 es gibt dafür keinen Bedarf  
 Es schafft auch per se nicht einfach Arbeitsplätze.

### Grüne Liste Oberzwehren GLO

#### Klaus Gnau

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            | X  |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? | X  |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  | X  |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  | X  |      |

Ergänzende Stellungnahme:

#### Birgit Hengesbach-Knoop

|   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die | X  |      |

|   |   |  |
|---|---|--|
| Stadtverwaltung?  |   |  |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? | X |  |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  | X |  |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  | X |  |

Ergänzende Stellungnahme:

**Renate Buch-Menkel**

|   |    |      |
|---|----|------|
|   | Ja | Nein |
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            | X  |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? | X  |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  | X  |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  | X  |      |

Ergänzende Stellungnahme:

**Bärbel Grebe**

|   |    |      |
|---|----|------|
|   | Ja | Nein |
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            | X  |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? | X  |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  | X  |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  | X  |      |

Ergänzende Stellungnahme:

Ein Bedarf für ein weiteres Gewerbegebiet erscheint mir als nicht bewiesen, solange das Oberzwehrener Gebiet beispielsweise sich als nicht „vermarktbar“ herausgestellt hat.

**Johannes Lessing**

|   |    |      |
|---|----|------|
|   | Ja | Nein |
| 1. Fordern Sie eine Schlichtung als Ersatz für die parteiliche Abwägung durch die Stadtverwaltung?                            | X  |      |
| 2. Werden Sie die Bebauung ablehnen, wenn sich während der Schlichtung herausstellt, dass sich die Bebauung negativ auswirkt? | X  |      |
| 3. Fühlen Sie sich als Politiker ausreichend informiert?  | X  |      |
| 4. Werden Sie schon jetzt die Bebauung ablehnen?  | X  |      |

Ergänzende Stellungnahme:

Eine Bebauung des Langen Feldes ist aus ökonomischen sowie ökologischen Gründen überflüssig.

**Keine Antwort auf unsere Anfrage erhielten wir von den Ortsbeiratskandidaten:**

- Niederzwehren:**    **CDU:**    Jörg Hildebrandt, Juliane Viehmann, Hannelore Kaufmann, Klaus Hersemeyer  
                           **SPD:**    Für die SPD-Kandidaten hat Harald Böttger geantwortet. (bis auf Elisabeth Kraft und Karl-Heinz Schreiter - siehe oben).  
                           **FDP:**    Gerhard Mischnitz, Kurt Yasin  
                           **Grüne:** Silke Kohlmeier

**Oberzwehren:**

- CDU:** Heinz-Joachim Wolf, Joachim Scholz, Uwe Eichholz, Carsten Roß, Brigitte Thiel, Hans-Werner Meyer, Monika Wolf, Sabine Hildebrandt, Sonja Roß, Manfred Petersohn
- SPD:** Eberhard Fedon, Uwe Umbach, Barbara Gogdon, Arno Löhle, Hartmut Spohn, Philipp Gabriel, Michael Ehrlich, Klaus-Dieter Kaschlaw
- FDP:** Konstantin Silka, Raphael Bakowski, Renate Fricke, Dr. Burkhard Fricke
- BFO:** Jörg Kühne, Martina Umbach, Susanne Pollesche